

# Dresdner Nachrichten

## Gegründet 1856

Verleger: Max Hildebrandt  
Verlagsort: Dresden  
Verlagsnummer: 10 241  
Für die Redaktion: Nr. 10 241  
Erscheinung: 1. Sonntag im Monat  
Preis: 1.00 M.

Abdruck von Texten ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers verboten.  
Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Nachrichten überläßt der Redaktion.  
Die Redaktion ist nicht verantwortlich für die Meinungen der Mitarbeiter.

Druck: H. W. Hildebrandt & Co.  
Dresden, Postfach 10 241  
Verlag: 10 241  
Erscheinung: 1. Sonntag im Monat  
Preis: 1.00 M.

# Rasche Untersuchung des Schanghai-Konflikts

## Chinesischer Vorstoß im Völkerbund

Genf, 29. Jan. Chinas Vertreter erklärte in seinem Schreiben an den Generalsekretär des Völkerbundes, der zwischen China und Japan ausgebrochene Streit sei jetzt auf dem Punkt angelangt, wo er einen sofortigen Bruch zwischen China und Japan herbeiführen könnte. China beantrage in Ergänzung des Verfahrens nach Art. 11 die Anwendung der Art. 10 und 15 des Paktes.

Nach mehrstündiger Aussprache beschloß heute der Rat, auf Grund des chinesischen Antrages das offizielle Verfahren des Artikels 15 einzuleiten. Die chinesischen und die japanischen Vertreter wurden ersucht, entsprechend den Paragraphen 1 und 2 des Artikels 15 dem Generalsekretär des Völkerbundes sofort eine erschöpfende Darstellung der Streitfrage und der einschlägigen Beweismittel zu übermitteln, auf Grund deren der Generalsekretär in den nächsten Stunden dem Rat Vorschläge für das Verfahren machen soll.

Der grundsätzliche Unterschied zwischen Artikel 11, der bisher angewandt wurde, und dem Artikel 15, den China jetzt angerufen hat, besteht darin, daß Artikel 15 im Gegensatz zu Art. 11 ein bindendes und im einzelnen festgelegtes Verfahren für die Regelung von Streitigkeiten enthält.

Ein anderer ebenso bedeutender Unterschied ist der, daß Artikel 15 des Paktes, solange er auf Grund des Art. 11 mit der Angelegenheit befaßt wird, einstimmig, d. h. mit Zustimmung der Streitenden Parteien erfolgen müssen, während nach Artikel 15 Mehrheitsbeschlüsse zulässig sind.

## Die öffentliche Sitzung des Völkerbundrates

am Freitag begann in einer äußerst gespannten Atmosphäre. Zum ersten Male begann vor dem Rat das offizielle Verfahren auf Grund des Artikels 15 in einem Streitigen Streit zweier Großmächte. Zunächst wurde der chinesische Antrag auf Eröffnung des Verfahrens durch den Generalsekretär vorgelesen.

## Der Ratpräsident Paul Boncour

gab darauf eine kurze Erklärung ab. Die vorbereitende Erklärung zur vorläufigen Beilegung des Streites sei durch die Ereignisse überholt. Der Rat sei jetzt gezwungen, angesichts der drohenden Kriegsgefahr die tatsächliche Lage klar festzustellen. Der Rat dürfe nicht einem Vorgehen zustimmen, das außerhalb der internationalen Verpflichtungen des Völkerbundes liege.

## Der Kommander der amerikanischen Truppen meldet, daß ein japanisches Flugzeug auch über der internationalen Zone fünf Bomben abgeworfen hat.

Dabei wurden mehrere Chinesen getötet. Die chinesische Luftabwehr war vollkommen ungenügend, da die Chinesen nur über Gewehre und leichte Maschinengewehre verfügten. Als am Abend Waffenzüge eintraf, schwebte noch immer eine große Gefahr.

## Der Nordbahnhof ist vollkommen niedergebrannt.

Auch das Gebäude der Handelspresse, eines Unternehmers, an dem die meisten führenden chinesischen Verleger beteiligt sind, brannte vollständig ab. — Freitag mittig 12 Uhr wurde der Generalsekretär abgerufen.

Strassenbahn- und Autobusverkehr, Elektrizitätswerke und Wasserwerke sowie öffentliche Arbeiten sollen stillgelegt werden. Die japanischen Marineverbände haben erklärt, daß sie diesen Streit nicht zulassen und anderweitige Maßnahmen treffen würden, um die lebensnotwendigen Betriebe anrechtzuerhalten. Streikbrechern wird Todesstrafe angedroht. Der Aufruf zum Generalsekretär geht von der chinesischen Handlungskammer aus. Alle chinesischen Banken in Shanghai haben deshalb geschlossen. Die Streitenden haben den Völkerbund folgende Forderungen übergeben:

## Der chinesische Gesandte Hsu

stellte darauf in einer Erklärung die Erfolglosigkeit der bisherigen Schlichtungsversuche des Rates fest. China könne jetzt nicht mehr länger warten. Es liege der Tatbestand eines offenen Angriffs auf die gebietsmäßige Unantastbarkeit und politische Unabhängigkeit Chinas durch Japan vor, zu deren Aufrechterhaltung und Wahrung sich sämtliche Völkerbundmitglieder im Artikel 10 des Paktes verpflichtet hätten. Japan habe einen offenen Bruch des Paktes begangen. China verlange vom Völkerbundrat Gerechtigkeit. Der Völkerbundrat müsse unverzüglich die im Artikel 15 vorgeschriebenen Maßnahmen ergreifen.

## Der japanische Botschafter Goto

gab eine der chinesischen Schilderung völlig entgegengesetzte Darstellung der militärischen Ereignisse in Shanghai und erklärte, es könne keine Rede davon sein, daß Japan einen Bruch mit China beabsichtige. Es habe bisher nur „besondere Schutzmaßnahmen“ ergriffen.

Selbst, wenn man annehmen wolle, daß die Voraussetzungen für die Anwendung des Artikels 15 gegeben seien, bliebe noch wie vor die Verpflichtung bestehen, vor der Anwendung dieses letzten Mittels alle anderen Methoden der Verhandlung auszuschöpfen. China habe sich fortgesetzt geweigert, die von Japan angebotenen direkten Verhandlungen anzunehmen.

Paul Boncour erwiderte in laconischer juristischer Ausdrucksweise, in denen er den Standpunkt vertrat, daß die formalen Einwände des japanischen Vertreters nicht stichhaltig seien. Er hat die Vertreter der beiden Parteien, ihre Reaktionen telegraphisch zu erfragen, in dieser außerordentlich gespannten Situation eine weitere Verschärfung des Konflikts zu vermeiden.

## Es handelte sich zunächst darum, wie die im ersten Absatz des Art. 15 vorgeschriebene

erschöpfende Untersuchung und Prüfung der Lage durchgeführt werden soll. Die vom Völkerbundrat auf Grund des Art. 11 in dieser Hinsicht schon getroffenen Maßnahmen bleiben in Kraft; das gilt vor allem für die vom Völkerbundrat eingesetzte internationale Untersuchungskommission, der bekanntlich auf deutscher Seite der ehemalige Gouverneur Schöne angehört. Infolge der neuen Situation hat sich der Rat entschlossen, die Kommission aufzufordern, sich unverzüglich an den Schauplatz des Konflikts zu begeben.

um dort ihre Feststellungen zu treffen. Sie wird die kürzeste Reiseroute nehmen und über Sibirien reisen.

# Bierzehnstündiges Bombardement auf Schanghai

Schanghai, 29. Januar. Das japanische Bombardement hat ohne Unterbrechung vierzehn Stunden gedauert. Eine japanische Bombe ist auch auf ein amerikanisches methodistisches Heim gefallen, wo beträchtliche Schäden angerichtet wurden. Soweit man von der internationalen Niederlassung aus beobachten konnte, mußten die chinesischen Verluste infolge des Bombardements ganz außerordentlich groß sein, da die 200 000 Seelen zählende Bevölkerung von Schanghai, die sich zum größten Teil in ihre Häuser eingeschlossen hatte, vollkommen hilflos war.

Viele Frauen und Kinder sind umgekommen. Tausende von Chinesen versuchten in panischen Schrecken in die internationale Niederlassung zu flüchten, fanden aber dort keinen Einlaß, da die Türen sämtlich abgeschlossen und streng bewacht waren.

Japanische Flugzeuge überflogen in regelmäßigen Abständen von 20 Minuten Schanghai und warfen Bomben ab, deren Sprengkräften bis zu 20 Meter Höhe ausreichten.

Der Kommander der amerikanischen Truppen meldet, daß ein japanisches Flugzeug auch über der internationalen Zone fünf Bomben abgeworfen hat. Dabei wurden mehrere Chinesen getötet. Die chinesische Luftabwehr war vollkommen ungenügend, da die Chinesen nur über Gewehre und leichte Maschinengewehre verfügten. Als am Abend Waffenzüge eintraf, schwebte noch immer eine große Gefahr.

## Der Kommander der amerikanischen Truppen meldet, daß ein japanisches Flugzeug auch über der internationalen Zone fünf Bomben abgeworfen hat.

Dabei wurden mehrere Chinesen getötet. Die chinesische Luftabwehr war vollkommen ungenügend, da die Chinesen nur über Gewehre und leichte Maschinengewehre verfügten. Als am Abend Waffenzüge eintraf, schwebte noch immer eine große Gefahr.

## Der Kommander der amerikanischen Truppen meldet, daß ein japanisches Flugzeug auch über der internationalen Zone fünf Bomben abgeworfen hat.

Dabei wurden mehrere Chinesen getötet. Die chinesische Luftabwehr war vollkommen ungenügend, da die Chinesen nur über Gewehre und leichte Maschinengewehre verfügten. Als am Abend Waffenzüge eintraf, schwebte noch immer eine große Gefahr.

## Waffenstillstand in Schanghai?

Washington, 29. Jan. Wie der amerikanische Generalkonsul in Schanghai dem Staatsdepartement mitteilt, wird ein chinesisch-japanischer Waffenstillstand, am Sonntagabendmittag (Greenwicher Zeit) in Wirkung treten.

## Bomben auf die Außenbezirke Cherbins

Wulffen, 29. Jan. Die von Tschangschun abgeforderten japanischen Truppen konnten bis jetzt nicht in Cherbins einmarschieren, da die Sungaribridge, über die die chinesische Ostbahn nach Cherbins führt, von den Chinesen zerstört worden ist. Chinesen und Japaner haben auf beiden Seiten des Brusses Artillerie aufgeschossen, und zur Zeit ist ein heftiger Artilleriekampf im Gange. Japanische Flugzeuge haben erneut die Außenquartiere Cherbins bombardiert.

## Sterbender Völkerbund

Nicht einmal in Genf läßt es sich mehr verheimlichen, die Zukunft des Völkerbundes ist auf das schwerste gefährdet. Und in allen übrigen Ländern der Welt wird die Ansicht immer allgemeiner, daß das dreizehnte Jahr des Bestehens verhängnisvoll zu werden droht. Langsam, aber unaufhaltsam vollzieht sich am Völkerbund die Rasche dafür, daß seine oberste Aufgabe, den Frieden und die Gerechtigkeit auf Erden zu wahren und zu fördern, von Anfang an durch seine schwachvolle Abstammung aus dem Dornbusch des unbefriedeten, dem Verfall der Wirtschaft, überhand genommen. Im Zeichen des Betrübnisses der Wirtschaften, die voran Frankreich, auch die ganze schwerfällige Völkerbundsmaschinerie befristeten, war die Genfer Institution seit die willenslose Bekämpfung der Tatsache, daß der Erfolg immer bei den härteren Nationen ist. So konnte der Völkerbund ohne eigene Machtmittel gar nichts anderes sein, als ein willkürliches Instrument der Siegerstaaten, vor allem Frankreichs. Der Geist der ersten Tagung, auf der der französische Chauvinist Viviani die denkwürdigen Worte sprechen konnte: „Niemand wird dieser Saal durch die Anwesenheit der Bombe entweiht werden!“, ist im Grunde bis zum heutigen Tage geblieben. Wir brauchen nur an die verhängnisvolle Entscheidung zu erinnern, die den an Bodenstärke reichsten Teil Oberitaliens, entgegen dem klaren Bestimmung der Verträge, den Völkern überlieferte. Oder an die Duldung der selbst von den englischen Kronjuristen als Rechtsbruch bezeichneten Ruhrerinsatze, ebenso wie an die Wählung des Raubdes Nemelegbietes durch die Unzufriedenen.

Trotzdem suchte Deutschland um die Mitgliedschaft nach, weil unsere maßgebenden Politiker glaubten, auf den glänzenden Völkerbundstagungen, zu denen sich die führenden Staatsmänner aus aller Welt einfanden, das Forum zu finden, von dem herab sie Deutschlands berechnete Forderung auf Gleichberechtigung wirksam verhandeln könnten. Stresemann und Herrmann Müller haben sich in dieser Aufgabe erschöpft. Sie haben erkennen müssen, daß sie gegen eine unüberwindliche Mauer anstießen, sei es, daß sie sich für die Widerheiten einsetzten oder gegen die Gewalt zur Wehr setzen mußten, die Briand mit der gewissenlosen Behauptung angeblicher Geheimrückstellungen gegen Deutschland schleuderte. Je mehr Enttäuschungen Genf für unser Vaterland brachte, um so mehr ging aber auch das Ansehen des Völkerbundes infolge seiner inneren Unaufrichtigkeit in aller Welt zurück. Man hing an, die pompösen Ratstagungen überhaupt nicht mehr ernst zu nehmen. Aus dem Feld der Politik wurde ein Feld für die Karikaturisten. Briand, der mit Friedensphrasen die Rechtspolitik Frankreichs bemantelte, wurde zur symbolischen Figur von Genf. Mit seinem Abgang von der politischen Bühne und mit dem Aufkommen der jungen Generation in Frankreich, die ihre Machtansprüche offen und ohne falsche Scham verkündet, war auch das Schicksal des Völkerbundes praktisch besiegelt.

Von Anfang an trankte der Bund der Nationen an der hartnäckigen Weigerung Amerikas, die Mitgliedschaft zu erwerben, obwohl sein Kriegspräsident Wilson doch das intellektuelle Urheberrecht an der Genfer Institution besaß. Im Laufe der letzten Jahre mehrten sich die Umstände, die das Ansehen des Völkerbundes weiter schwer beeinträchtigten. Die im Gefolge der Tribune entstandene Weltwirtschaftskrise lenkte die Völker, namentlich die Neutralen, die Ansehlichen und die Italiener, auf das Grundübel Versailles. Niemand aber übernahm berechtigterweise den Versuch, den Genfer Mechanismus mit seiner in völliger Abhängigkeit von Frankreich lebenden Bürokratie für die Revolutionsforderung und damit für den Kampf gegen die Krise in Anspruch zu nehmen. So wurden alle Probleme von wirklicher Bedeutung mehr und mehr von Genf ferngedrückt und durch direkte Aussprachen oder an anderen Konferenzen erörtert. Dem Völkerbund wurden nach dem Wulffenden der Völker nur noch untergeordnete Fragen überlassen, für die nirgends Interesse herrschte. Die Folge war, daß auch die führenden Staatsmänner, die sonst den Völkerbundtagungen Glanz und Ansehen gaben, ausblieben. Sie wurden ersetzt durch politische Beamte zweiten Grades oder durch die gerade ortsanfälligen Gesandten. Den kümmert es beispielsweise noch, daß gerade jetzt wieder eine Ratstagung in Genf stattfindet? Niemand außer den sämtlichen Diplomaten und Politikern. Das doch auch kein Mitgliedsstaat es der Mühe wert gefunden, einen Politiker von Namen nach Genf zu entsenden.

Den schwersten Stoß hat das bereits erschütterte Ansehen des Völkerbundes durch zwei Ereignisse des vergangenen Jahres erlitten: die Romierung der Zollunion, bei der Briand seinen letzten Triumph feiern konnte, und der Chinesisch-japanische Konflikt, der eigentlich nichts weiter ist, als ein Krieg ohne Kriegserklärung. In der Angelegenheit der deutsch-schweizerischen Zollunion hat sich der wahre Charakter des Völkerbundes besonders auffällig entblüht. Briand bringt zur Bekämpfung der Wirtschaftskrise einen Plan der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Europas ein. Der Völkerbund beschließt, diese Idee zunächst einmal